



VSPB · FSFP

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

Luzern, 4. Dezember 2009

Medienmitteilung

Polizeibeamtenverband ist enttäuscht über die Haltung des Ständerats

Mit 28 zu 11 Stimmen befürwortete der Ständerat am 3. Dezember, dass zukünftig private Sicherheitsangestellte auf den Autobahnen Vignetten kontrollieren und Sündern büssen dürfen. Er stellt sich damit gegen den Nationalrat, der die Möglichkeit einer Auslagerung abgelehnt hatte. Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB ist enttäuscht über die Haltung der Kleinen Kammer in dieser heiklen Frage. Weil neu mit der Kontrolle durch Private auch das Verhängen von Bussen verbunden und die Strafverfolgung tangiert ist, sieht der Polizeibeamtenverband in der neuen Regelung ein grundsätzliches Problem. «Es handelt sich ganz klar um hoheitliche Aufgaben», hält VSPB-Generalsekretär Max Hofmann fest. «Solche gehören in den Kompetenzbereich staatlicher Sicherheitskräfte und dürfen unter keinen Umständen an Private delegiert werden.» Einmal mehr wehrt sich der schweizweit aktive Verband, dem rund 23'000 Mitglieder oder 95 Prozent aller 16'400 aktiven Polizistinnen und Polizisten angehören, gegen die zunehmende Tendenz, dass Angestellte privater Unternehmen ausgebildete staatlichen Ordnungshüter in gewissen Sicherheitsbereichen ersetzen. Schon vor Jahren wies er mit zwei fundierten Universitäts-Studien auf die Gefahren hin, die mit der Übernahme polizeilicher Aufgaben durch Dritte einhergehen. «Wir akzeptieren diese Praxis und die schleichend fortschreitende Unterhöhnung der Polizeiarbeit nicht», zeigt sich Max Hofmann kämpferisch. Als wirksame Gegenmassnahme fordert er, dass der Polizei endlich die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihren Dienst zum lückenlosen Schutz der Bürgerinnen und Bürger zuverlässig erfüllen kann.

Weitere Informationen erteilt:

Max Hofmann, Generalsekretär, Tel. 076 381 44 64